Stadt
Luzern
Grosser Stadtrat

Rektifiziertes Postulat
Nr. 364 2004/2009

Eingang Stadtkanzlei: 12. Februar 2008
Rektifizierung vom: 19. Februar 2008

Verzicht auf die Forderung an den Kanton Luzern, die Langzeitgymnasien abzuschaffen

Die Städteinitiative Bildung Volksschule – ein Zusammenschluss von 23 Schweizer Städten, dem auch die Stadt Luzern angehört – hat an ihrer Sitzung vom 23. November 2007 ein Positionspapier zuhanden der Eidgenössischen Erziehungsdirektorenkonferenz und zuhanden der Kantone verabschiedet. Präsident der Städteinitiative Bildung Volksschule ist der Luzerner Stadtpräsident und Bildungsdirektor Urs W. Studer. Die Öffentlichkeit wurde am 24. Januar 2008 über dieses Positionspapier orientiert.

In diesem Positionspapier wird von den Kantonen gefordert, die Sekundarstufe I künftig integral zu führen und damit die Langzeitgymnasien bis 2011 aufzuheben. Begründet wird dies u. a. damit, dass die Städte von der Jugendarbeitslosigkeit überdurchschnittlich betroffen seien. Das Statistische Jahrbuch 2007 des Kantons Luzern stellt dazu Folgendes fest (S. 114): „Die Arbeitslosigkeit im Kanton Luzern ist im ersten Halbjahr 2007 erneut stark zurück gegangen. Mit 1,9 Prozent lag die Arbeitslosenquote im Juni 2007 um 0,6 Prozentpunkte tiefer als im Vorjahr. Wie seit Jahren liegt sie deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt, welcher im Juni 2007 2,5 Prozentpunkte betrug. Als erste von der guten Konjunkturlage profitiert haben die jungen Arbeitslosen. Ihr Anteil sank in den zwei Jahren seit 2005 deutlich."

Des Weiteren wird die Forderung nach Abschaffung der Langzeitgymnasien mit dem Hinweis auf den Bildungsbericht Schweiz 2006 der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung begründet. Darin werde den ~~spät~~ früh selektionierenden Schulsystemen eine ungenügende Chancengerechtigkeit attestiert. Der Projektleiter des Bildungsberichts Schweiz 2006, Prof. Dr. Stefan C. Wolters, schränkt diese Aussage aber ausdrücklich ein: „Allerdings verhindert der Mangel an Längsschnittstudien und Individualdaten in der Bildungsstatistik genaue Aussagen über die Ursachen und die Konsequenzen von Chancenungerechtigkeit sowie über die Interaktionen der Faktoren der Benachteiligung." (Die Volkswirtschaft, 1/2 2007, Seite 18).

Wir fordern den Luzerner Stadtrat aufgrund der ungenügenden und nicht schlüssigen Begründungen deshalb auf, dass er auf die Unterstützung der Forderung der Städteinitiative

Stadt Luzern
Sekretariat Grosser Stadtrat
Hirschengraben 17
6002 Luzern
Telefon: 041 208 82 13
Fax: 041 208 88 77
E-Mail: SK.GRSTR@StadtLuzern.ch
www.StadtLuzern.ch

Bildung Volksschule an die Kantone, die Langzeitgymnasien bis 2011 abzuschaffen, verzichtet und den Kanton Luzern entsprechend informiert.

Silvio Bonzanigo
namens der CVP-Fraktion

Laura Grüter Bachmann
namens der FDP-Fraktion

Markus T. Schmid
namens der SP-Fraktion